Das Millionenspiel

Kölner Kulturpolitik und das Großprojekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum

In Köln hat die Stadtverwaltung mal eben die Förderung des »Kulturbunkers« im Stadtteil Mülheim mitten im laufenden Betrieb von 80.000 Euro auf Null gesetzt. Die Kämmerei verweigert die Auszahlung, obwohl noch kein Ratsbeschluss zu dieser »Sparmaßnahme« vorliegt. Derweil überzogen Oper, Schauspiel und das Museum Ludwig ihre Etats folgenlos um insgesamt mehrere Millionen. Die Kosten für den durch den spektakulären Einsturz des alten Archivgebäudes notwendig gewordenen Neubau des Historischen Archivs der Stadt stiegen innerhalb weniger Monate von ursprünglich 84 auf inzwischen rund 100 Mio. Euro. Die Stiftung Stadtgedächtnis, die mindestens einen Teil der rund 400 Mio. Euro teuren Restaurierung der beschädigten Archivbestände akquirieren soll, hat sich bisher als Flop erwiesen. Ein neu berufener Museumsleiter sieht die Kölner Museen insgesamt »durch die städtischen Strukturen lahmgelegt«. Unabhängig davon ist in der Stadtspitze von einem Umbau des Kulturdezernats noch vor der anstehenden Neuwahl des Kulturdezernenten die Rede. Streit herrscht bei der Frage, ob die Renovierung der Proberäume des Gürzenich-Orchesters tatsächlich für 3 Mio. zu haben ist. Rund 1 Mio. Euro sind vorerst für die Ausbesserung anderer Kulturbauten angesetzt. Ob die Summe zur Sicherung des baulichen Status quo ausreicht, ist offen. Es gäbe also viel zu tun, um die bestehenden Strukturen in der Stadt angemessen zu erhalten und auszustatten, zumal bei einem strukturellen Haushaltsdefizit von ca. 300 Mio. Euro.

Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich zurzeit allerdings eher auf einen Neubau. Mit der Archäologischen Zone/Jüdisches Museum (AZ/JM) will die Stadt ein weiteres Museum einrichten, das sich dem »Herzstück der Kölner Stadtgeschichte« seit der Antike und dabei insbesondere der Kontinuität des »jüdischen Lebens« in der Stadt widmen soll. Seit eine Bürgerinitiative unter dem Motto »Mut zum Verzicht« mit Blick auf die Stadtfinanzen für ein Moratorium des Neubauprojekts wirbt und eine Unterschriftensammlung dazu gestartet hat, ist der Erregungspegel nicht nur rund um den Dom in unerwartete Höhen geschnellt. Unter den Befürwortern des AZ/JM kursieren eigentümliche Verschwörungstheorien, Journalisten und PolitikerInnen warnen vor »Geschichtsvergessenheit« und einem ignoranten und skandalösen »Feldzug gegen das Haus der jüdischen Kultur«. Vorsorglich wird der Bürgerinitiative schon einmal latenter Antisemitismus unterstellt. Ohne das neue Museum – so die Befürworter – drohe die »Kölner Stadtgeschichte und die Geschichte jüdischen Lebens in Köln« begraben zu werden.

Die Ausgrabungen im Herbst 2012. Rechts das Kölner Rathaus. Foto: J.H.

Public Relations

Die Aufgeregtheit erklärt sich aus dem Status von Zone und Museum. Sie wurden offiziell stets als »Leuchtturmprojekt«, gar als neues »Weltkulturerbe« angepriesen: »Die AZ/JM *muss* eine Leitprojektfunktion erfüllen. Das Projekt *muss* ›groß‹ und ›bedeutend‹ genug sein, um die *Identität der Stadt* (!) nachhaltig beeinflussen zu können.« Diese Funktion »für *allgemeine* Stadtentwicklungsprozesse (!)« könne ein »Kulturprojekt nur dann gewinnen, wenn dessen Grunddimension ein Potenzial für überregionale und internationale Aufmerksamkeit« biete. Der Erfolg hänge allerdings »von einem gemeinsamen, also parteiübergreifenden Willen der politischen Entscheidungsträger ab. Wenn nicht *alle bestimmenden politischen Kräfte*(!) das Projekt *gemeinsam* (!) tragen, werden die über den eigentlichen Projektkern hinausgehenden Sekundärwirkungen sich nicht oder nur kaum entwickeln.« So eine offizielle Publikation zur Grabung. Nur folgerichtig wird aus den Mitteln von AZ/JM eine Wiener Agentur finanziert, die für 780.000 Euro eine »optimale kommunikations- und marketingstrategische Begleitung des Projektes bis zur vollständigen Umsetzung« entwickeln soll. Auffällig wurden ihre Aktivitäten, als sie einen überaus positiven PR-Text zu Zone und Museum in Wikipedia lancierte und damit aufflog. Geplant war auch die Installation eines Blogs, der von »zwei Mitarbeitern des Grabungsteams und von zwei Befürwortern des Projekts« geführt werden sollte. Der wurde nun zurückgestellt. Ausgeweitet werden sollen stattdessen kostenlose Führungen zum Grabungsort, um den »Kölner Bürgern« die Entscheidung pro AZ/JM nahe zu bringen, wie eine Sprecherin der Stadt erklärte.

Der Zwang, Zone und Museum als globalen »Leuchtturm« herauszustellen, prägt auch die Fachkommunikation vor Ort. Wissenschaftler aus aller Welt werden im Rahmen eines breiten namedropping aufgerufen, um die Kölner Funde zu loben und deren »weltweite« Bedeutung hervorzuheben, teilweise ohne die Grabung besucht zu haben. Während der Projektleiter AZ/JM in Zeitungsinterviews gerne verkündet, dass die Funde »nachweislich« die fortdauernde Existenz einer Synagoge und einer Mikwe »vom 4. Jahrhundert« an belegen, wird in den offiziellen »Materialien zur Grabung« deutlich zurückhaltender formuliert. Die Frage, ob eine »antike Synagoge« freigelegt worden sei, kann »heute noch nicht befriedigend und erschöpfend beantwortet« werden, notiert ein Ausgräber Ende 2012. Zudem sei »charakteristisches Fundmaterial« äußerst selten. Hier liegt auch der Kern eines bizarr inszenierten Wissenschaftlerstreits um Zone und Museum. Während entschiedene Befürworter schon aus PR-Gründen glauben, so oder so einen lückenlosen Nachweis jüdischen Lebens in Köln seit der Antike vorlegen zu müssen (und zu können), verweisen Kritiker auf das gänzliche Fehlen einschlägiger Publikationen mit zweifelsfreier Dokumentation. Die Stadt hat

hierfür eine einfache Begründung: es »wäre durchaus unseriös, während laufender Ausgrabungsprozesse bereits wissenschaftliche Publikationen vorzulegen.«

Dabei ist man sich bei der Qualität einzelner Funde durchaus einig. Kritiker halten auch die Existenz von jüdischen Gemeinden im Rheinland für die inkriminierte Zeit von 400 bis 800 n.Chr. durchaus für plausibel. Der Kölner Althistoriker Prof. Dr. Werner Eck etwa sah dafür schon vor Jahren gute Gründe und argumentierte u.a. mit einem Vergleich: »Wir wissen aus dem 5. Jahrhundert beispielsweise nichts über irgendeinen Bischof der christlichen Gemeinde, dennoch darf man mit guten Gründen von der großen Wahrscheinlichkeit einer Kontinuität der Gemeinde und vor allem auch des Bischofsamtes ausgehen.« Daneben liegt die Vermutung nahe, dass es bei den aktuellen Querelen auch um persönliche Animositäten geht. Der Grabungsleiter der AZ gilt als »umstritten«, weil er sich in der Vergangenheit beim Umgang mit vermeintlichen oder potentiellen Konkurrenten schon öfters nicht nur im Ton vergriffen hat.

Pleiten, Pech und Pannen

Die bisherige Geschichte der AZ/JM gleicht in Vielem dem üblichen Drehbuch für Großprojekte. Zunächst wird die globale Bedeutung des Projekts für den Standort betont (Identitätsstiftung) und seine Verwirklichung als »alternativlos« dargestellt, dann die Kosten klein gerechnet (Investition in die Zukunft). Steigen diese an, wird verlautbart, dass bei einem Abbruch Millionen Euro verloren wären (Chance nutzen). Passend dazu wird verbreitet, dass angesichts der globalen Bedeutung die investierte Summe vergleichsweise gering ist (Kosten/Nutzen) und für ein solch herausragendes Projekt Geld einfach da sein muss (Kulturelles Erbe verpflichtet). Zugleich wird der wirtschaftliche Nutzen für den Standort herausgestrichen (Image, Tourismusboom usw.).

Im Falle des Kölner Projekts stand am Anfang im öffentlichen Haushalt eine schwarze Null. Weil die Stadt schon vor einem Jahrzehnt pleite war, setzte man auf eine private Initiative, die für Bau und Betrieb eines jüdischen Museums aufkommen wollte. Avisierte Baukosten: 16 Mio. Euro. In Juni 2009 gab der Förderverein mangels Spenden auf. Nun sprang die Stadt in die Bresche. An den jetzt wg. der AZ auf 45 Mio. gestiegenen Baukosten sollte sich NRW mit 36 Mio. beteiligen, dazu kam es nicht. Bis Juli 2011 stiegen die Kosten auf 51,7 Mio. Davon will nun das Land 12,7 Mio. aus Städtebaufördermitteln beisteuern, zuzüglich 1,6 Mio. für die Grabung. Ob den Zahlen insgesamt zu trauen ist, ist unklar. Jedenfalls sind Äußerungen der eigenen Bauverwaltung zu möglichen Kostensteigerungen aus Sicht der Stadt eine »Ente«. Zugleich teilt sie mit, dass die Voraussetzungen für endgültige Aussagen noch gar nicht vorliegen. Der Stadtrat hat die Verwaltung seit Juli 2011 jedenfalls bereits dreimal vergeblich aufgefordert, ein externes Kostencontrolling einzurichten und einen Projektsteuerer zu bestellen. Immerhin sucht man nun seit März 2013 nach einem Dringlichkeitsentscheid (!) eine »komplette externe Projektsteuerung«. Die seinerzeit ebenfalls verlangten regelmäßigen Berichte zur »Fortentwicklung des Projekts« wurden nicht erstellt.

Im Dezember 2012 einigten sich Stadt und Landschaftsverband Rheinland (LVR) schließlich auf eine Kooperation. Die Stadt will für den Bau wie für den Erhalt der Gebäude aufkommen, der LVR Zone und Museum betreiben. Angaben zu den Betriebskosten schwanken zwischen 5,7 und 8,1 Mio. Nach dem Willen des Stadtrates sollte die Zusammenarbeit »unverzüglich« beginnen. Doch der scheidende Kulturdezernent sah »noch einige Hürden« und mahnte die Klärung »rechtlicher Fragen« an, bevor der LVR »die komplette Projektsteuerung und Entwicklung der Museumskonzeption« angehen könne. Umstritten ist vor allem, ob der LVR tatsächlich das Ausstellungskonzept federführend kreieren und damit die Ergebnisse der Ausgrabung auch kritisch bewerten darf. Umstritten ist ferner, wann die Grabungsarbeiten beendet sein müssen. Davon hängen schließlich Baubeginn und Eröffnung ab – der erste Termin in 2013 ist längst geplatzt. Jetzt ist 2017 im Gespräch. Wenn nicht gebaut wird, habe die Stadt 10 Mio. in den Sand gesetzt, droht die Politik – 2011 waren es noch 5 Mio.

Schließlich erwarten die Befürworter des Baus bei Fertigstellung der AZ/JM einen wahren Tourismusboom. War im März 2011 noch von realistischen 230.000 Besuchern die Rede, spricht man inzwischen von mindestens einer Million. Ein Lokalpolitiker sah die Zone gar als »Publikums- und Touristenmagneten«, der »in der Besuchergunst gleich nach dem Dom« kommt. Der wird im Jahr von ca. sechs Millionen besucht. Zur Begründung wird gerne auf das Jüdische Museum Berlin verwiesen, in das jährlich rund 750.000 Menschen strömen. Allerdings liegt die Zahl der Übernachtungen an der Spree bei 11,3 Millionen, in Köln bei nur knapp fünf. Alle Kölner Museen zusammen verkaufen bisher jährlich rund 1 Mio. Eintrittskarten.

Alternativen

Die Frage, mit welchem Ausstellungskonzept die hohe Besucherzahl erreicht werden soll, ist müßig, denn es gibt noch kein Konzept. Dafür bietet die Bürgerinitiative mittlerweile eine kostengünstige Alternative. Der Plan des Kölner Architekten Peter Busmann verzichtet auf einen Teil der oberirdischen Bebauung und sieht dort einen »Platz der Erinnerung« vor. Ein kleiner dimensioniertes Museum soll unter dem Rathaus im vormaligen »Ratskeller« eingerichtet werden. Von dort aus gelangt man auch in die unterirdische Zone. Anstoss für Busmanns Überlegungen war, dass die bekannten Pläne der Stadtverwaltung zu AZ/JM »bruchstückhaft und widersprüchlich« sind. Bussmann hat in der Vergangenheit u.a. das Kölner Museum Ludwig gebaut.

Die Bürgerinitiative wundert sich zu Recht auch über ein weiteres Faktum: in der Debatte um das vorgebliche »Herzstück der Kölner Stadtgeschichte« spielte das Kölnische Stadtmuseum bisher keine Rolle, obwohl es sich doch »qua Amt« mit der viel beschworenen »Identität der Stadt« beschäftigt. Die dortige Ausstellung (Grundkonzept von 1984) wird gerade überarbeitet, der Bezug zur Archäologischen Zone ist leicht herzustellen. Vor allem wäre im Stadtmuseum das »jüdische Leben« auch museal mitten hinein in die Kölner Geschichte gestellt. Vielleicht ist bei den Befürwortern des Neubaus auch in Vergessenheit geraten, dass in Köln im Unterschied zu anderen deutschen Stadtmuseen seit den 1920er Jahren Judaica gesammelt und präsentiert wurden. Die meisten Stücke wurden vor den Nazis gerettet.

P.S.: In Sachen Mülheimer »Kulturbunker« hat inzwischen ein Lokalpolitiker »aus dem Inneren der Verwaltung« erfahren, dass das Geld zunächst noch ausgezahlt werden soll, auch »wenn die Deckung unklar« ist.

Wolfgang Hippe

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.)

Beheimatung durch Kultur

Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz

Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Klartext Verlag • Dokumentation der Kulturpolitischen Gesellschaft, Band 66 • ISBN 978-3-923064-23-6 oder ISBN 978-3-89861-778-9 • 397 Seiten • 17,00 Euro

Bestellungen über www.kupoge.de oder die Geschäftsstelle der Kulturpolitischen Gesellschaft